

Antirassistisches Netzwerk Baden-Württemberg

c/o Aktion Bleiberecht Freiburg
Adlerstr. 12
79098 Freiburg

Flughafen Karlsruhe Baden-Baden am 21. März 2018

An

Herrn Verkehrsminister Winfried Hermann

Minister für Verkehr des Landes Baden-Württemberg
Postfach 10 34 52
70173 Stuttgart

OFFENER BRIEF

Verlesen beim Protest gegen Sammelabschiebungen am Flughafen Karlsruhe Baden-Baden am 21. März 2018. Der Geschäftsleitung der Baden-Airpark GmbH zur Kenntnis.

Sehr geehrter Herr Minister Hermann,

vielleicht wundern Sie sich über den Offenen Brief von Initiativen, die sich für die Rechte von Geflüchteten einsetzen. Was haben diese schon mit Verkehr zu tun? Bei genauerem Hinsehen wird jedoch klar, dass auch Ihr Ressort Verantwortung für die Rechte geflüchteter Menschen trägt. Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg ist neben anderen Aufgabenfeldern für den Flugverkehr und damit auch für den Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden zuständig. Wie Sie sicherlich wissen, werden mittlerweile seit 18 Jahren vom Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden im Auftrag der Landesregierung Menschen in die Länder des Balkans abgeschoben. In den letzten drei Jahren allein etwa 7.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

In Bezug auf eine Neue Mobilität sprechen Sie auch von Lebensqualität. Ab dem 1. April 2018 müssen „laute und stark emittierende Flugzeuge“, die vom Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden fliegen, mehr bezahlen. Damit will man der Umwelt und der Lebensqualität der FlughafenanwohnerInnen gerecht werden, so Ihr Ministerium.

Wir wissen nicht, wie laut und emittierend die etwa 70 Landungen und Starts der

Maschinen von Bulgaria Air der letzten zwei Jahre waren, die regelmäßig ihre Flugzeuge für Sammelabschiebungen zur Verfügung stellen. Wir wissen aber, dass diese erzwungene 'Abschiebe-Mobilität' die Betroffenen in entscheidendem Maß beeinträchtigt. Bei vielen Menschen, die vom Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden abgeschoben wurden, geht es nicht um eine bessere Lebensqualität, sondern um das nackte Überleben. Viele der Betroffenen hatten sich in Baden-Württemberg bereits eine neue Existenz aufgebaut, waren in Arbeit, die Kinder besuchten Schule und Kindergärten. Sie wurden gewaltsam zurück in Armut, Elend und Diskriminierung abgeschoben. Darunter viele Roma. Wir lehnen die Abschiebungen daher entschieden ab.

Angesichts dessen werden Sie auf Gesetze und Beschlüsse verweisen, die belegen sollen, dass alles seine rechtliche Grundlagen hat. Wir verweisen dagegen auf aktuelle Berichte wie die Concluding Observation zu Serbien des UN-Committee on the Elimination of Racial Discrimination vom Januar 2018, auf einen Newsletter der Caritas Srbije ebenfalls vom Januar 2018 und auf Roma-Reports von Civil Rights Defender aus Stockholm zu verschiedenen Ländern des Balkans vom Dezember 2017. Wir stellen Ihnen diese und noch weitere Berichte von UNICEF, UNAP oder von der OSCE gerne zur Verfügung.

In sämtlichen Berichten werden in Bezug auf Unterbringung, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeit für Roma strukturelle Ausgrenzung und Diskriminierung festgestellt. Für einen beträchtlichen Anteil der Roma aus dem westlichen Balkan ist Flucht und Migration die einzige Lösung, um einer lebensbedrohlichen Diskriminierung zu entgehen. Durch ständige Vertreibungen und Räumungen ihrer Behausungen, über die das UN-Komitee berichtet, können viele keinen sicheren Lebensmittelpunkt aufbauen. Weiterhin kommt hinzu, dass der Rassismus gegen Roma heute stärkere Ausmaße angenommen hat, als noch vor einigen Jahren. Eine solche umfassende Diskriminierung stellt nach Meinung vieler Experten einen Asylgrund dar.

Sehr geehrter Herr Minister, da das Land Baden-Württemberg über eine Tochtergesellschaft der Flughafen Stuttgart GmbH Teilhaberin der Baden-Airpark GmbH ist, sehen wir Sie als Verkehrsminister neben anderen der Landesregierung, ebenfalls in der Pflicht und Verantwortung alles dafür zu tun, weitere Abschiebungen zu stoppen. Wir würden Interventionen Ihrerseits gegen weitere Abschiebungen in den entsprechenden Gremien begrüßen.

Serbien soll in wenigen Jahren der EU beitreten. Anstelle der nationalen kurzsichtigen Scheinlösungen fordern wir den Stopp der Abschiebungen. **Für Roma fordern wir noch immer ein notwendiges humanitäres Bleiberecht.**

Mit freundlichen Grüßen

Antirassistisches Netzwerk Baden-Württemberg